

Anmerkungen zu „Marktwirtschaft reparieren. Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie“ von Oliver Richters und Andreas Siemoneit

Markus Henn, Dezember 2020

Richters und Siemoneit begreifen zu Recht den **Markt als eine auch soziale Institution** mit ökonomischen Vorteilen. Marktteilnehmer vollbringen durchaus eine soziale Tat, wenn sie sich auf die Arbeitsteilung einlassen und Produkte oder Dienstleistungen für andere Menschen herstellen oder erbringen. Preise erfüllen, trotz bestimmter Schwächen, eine wichtige Funktion für die Steuerung einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft.

Zwar sind die **Ergebnisse der Kritik** des Buches einleuchtend, also Probleme mit Ressourcenverbrauch, Schuldgeld, Bodennutzung und Vermögenskonzentration. Aber diese Ergebnisse werden nicht schlüssig aus der Analyse des Buches – Kapitalismuskritik und Marktlob – bgeleitet. Die Argumentation basiert vor allem auf zwei Annahmen: 1. Leistungsgerechtigkeit sei „die zentrale Gerechtigkeitsnorm moderner Marktgesellschaften“ (S. 33) und 2. Marktwirtschaft und Kapitalismus seien zwei verschiedene Wirtschaftsformen (z.B. S. 32). Beide Annahmen sind weder überzeugend noch bieten sie eine Basis für die Lösung der oben genannten Probleme.

Gerechtigkeit wird im Buch primär über Leistung definiert, als Äquivalenz (Gleichwertigkeit) von Leistung und Gegenleistung (S. 40). Gemäß dem Leistungsprinzip gebe es „kein generelles Anrecht darauf, von anderen versorgt zu werden“ (S. 43). Leistung und persönliches Interesse wird darüber hinaus aber so umfassend definiert, dass sogar Altruismus als „generalisierte Reziprozität“ (S. 41) darunter fallen soll. Wie bei Nietzsche, an den diese Altruismus-Kritik erinnert, verliert der Begriff (Gegen-)Leistung dadurch aber jeden Sinn. Solidarität muss mehr sein als der indirekte Blick auf den eigenen Vorteil, denn sie setzt die Bereitschaft voraus, dem anderen ohne spätere Gegenleistung zu helfen bereit. Altruismus ist schlicht so definiert, dass man nicht für den eigenen Vorteil, sondern für den fremden handelt. Anders als Nietzsche versteifen sich Richters und Siemoneit aber nicht auf einen ganz strengen Begriff von Leistung, wenn sie schreiben, „auch jene, die nicht ausreichend für sich sorgen können, besitzen Würde und damit ein Recht auf Einkommen“ (S. 44). Sie stellen neben das Leistungsprinzip ein „Sozialprinzip“ (S. 44). Das ist richtig, bleibt allerdings gegenüber dem Leistungsprinzip in seiner Bedeutung marginal. Letztlich wird doch darauf gesetzt, ohne den Kapitalismus könne und wolle fast jeder am Markt genug leisten und das Sozialprinzip sei dann kaum nötig (S. 44).

Richters' und Siemoneits Leistungsdefinition ist außerdem widersprüchlich. Das sieht man an den konkreten Beispielen: Bei „zwei Unternehmerinnen“ (S. 56) werden als Gründe für den legitimen und vergüteten Erfolg der einen unter anderem genannt: Sie nutze Technik geschickter. Was die **Technik bzw. das Kapital** (hier synonym) angeht, führen die Autoren aber selbst später aus, dass ein (technischer) Wettbewerbsvorteil „nicht durch höhere Leistung“ entstehe, sondern durch „erhöhten Ressourcenverbrauch“ (S. 101). Und: „Obwohl die Herkunft der Leistung woanders liegt, werden die höheren Einkommen der Leistung ihrer Anbieter zugeschrieben.“ (S. 103) Dann dürfte aber der Einsatz von Technik und Kapital nicht (individuell) belohnt werden.

Von den „zwei Unternehmerinnen“ (S. 56) heißt es außerdem, die eine setze **Mitarbeiterinnen** produktiver ein, deshalb habe sie ein „Recht auf mehr Gegenleistung“ (S. 57). Doch warum soll fremde Arbeit eine Leistung sein, die der Unternehmerin zugerechnet werden kann und nicht den Mitarbeiterinnen selbst? Richters und Siemoneit wenden sich hier offen gegen die marxistische Mehrwertlehre. Sie sei letztlich nur ein „buchhalterisches Missverständnis“ (S. 58) bzw. eine unzulässige „Verallgemeinerung“ (S. 59), und bei den meisten Unternehmen gebe es im Ergebnis keine signifikante Arbeitswert-Aneignung. Aber über diese Praxis hinaus wird kein Argument geliefert, warum nicht jede Aneignung des Mehrwerts, den Andere erwirtschaften, einen Bruch mit dem Leistungsprinzip darstellt. Wenig überzeugend ist in diesem Zusammenhang auch, wenn es heißt, die Machtasymmetrie zwischen „Arbeitgebern“ und „Arbeitnehmern“ habe „keine systematische Ursache im ‚Kapitalverhältnis‘ oder der Lohnarbeit an sich“ (S. 58). Ja worin denn

sonst? Wie könnte ein Angestellten-Verhältnis keine Machtasymmetrie bzw. Hierarchie bedingen? Richters und Siemoneit meinen außerdem, es sei wirklich fast jedem Menschen möglich, seine Arbeit – sinngemäß – leicht besser honorieren zu lassen (S. 44). Wenn es so leicht ist, warum müssen dann fast alle Arbeitenden und die Gewerkschaften immer so hart kämpfen um ihren Lohn (und bessere Arbeitsbedingungen)?

Ähnlich ist es mit dem Beispiel, dass jemand, der viel in „Ausbildung oder Kapital investiert“ hat, „pro Arbeitsstunde oder Maschinenstunde mehr verlangen“ dürfe (S. 42). Warum soll die **persönliche Arbeitsleistung und Ausbildung** eines Menschen so sehr ihm zuzuschreiben sein, dass er die Erträge gerechterweise für sich in Anspruch nehmen kann? Bildung und die daraus folgende Arbeitsleistung fast aller heutigen Menschen sind zumindest zu einem wichtigen Teil genauso gesellschaftliche Produkte wie der Bodenwert. Warum sollten dann Einzelne das Recht haben, die Erträge ihrer Leistung voll für sich zu beanspruchen? Steuern werden unter anderem damit gerechtfertigt, dass der Mensch seine Leistung nur durch den staatlichen Rahmen (eben Bildung, aber auch Sicherheit und vieles mehr) erbringen kann und deshalb dem Staat dafür etwas schuldig ist. Richters und Siemoneit lassen hier die Kritik vermissen, die sie an anderen Akkumulationsfaktoren haben.

Die Akkumulation von **Vermögen** wird zwar kritischer, aber dennoch schwammig behandelt: Einerseits sollen (Unternehmer-)Gewinne (als Leistungsvergütung) und Zins (als „Aufwandsentschädigung und Risikoprämie“, S. 68) nicht per se ungerecht sein, es komme auf den „Einzelfall“ an. Andererseits wird die Akkumulation genau dieser Gewinne und Zinsen heftig beklagt bis hin zur apodiktischen Aussage, Reichtum *könne* nicht verdient sein (S. 131). Doch wird der Punkt, wo es umschlägt und Reichtum beginnt, nicht klar benannt und begründet. Richters und Siemoneit schreiben durchaus instruktiv über die Details der Buchhaltung und sicherlich stimmt es, dass in nicht wenigen (kleinen) Unternehmen der Eigentümer nicht reich wird. Aber die entscheidende Frage können Sie nicht beantworten, nämlich wo der Unternehmerlohn seine legitime Grenze hat und wo das Wachstum von Unternehmen gestoppt werden soll, das es wenigen ermöglicht, einen hohen Gewinn als persönliches Einkommen einzustreichen. Unklar bleibt also, warum eine „fast ‚automatische‘ Konzentration von Reichtum“ (S. 139) ausschließlich im Kapitalismus stattfinden soll, nicht aber – zumindest in ebenfalls unerträglichem Maß – in der Marktwirtschaft.

Geld stellen Richters und Siemoneit neben Leistung zurecht als eine Grundlage des Marktes heraus (S. 40) und schreiben – weitgehend korrekt –, dass heute „Geld eine Schuldbeziehung“ (S. 60) sei. Geld sei in dieser Form nicht neutral, weil es Investitionen ohne entsprechendes Sparen ermögliche (S. 92). Daraus wird die Notwendigkeit der Umstellung auf Vollgeld als „Übergang in eine kollektive Leistungsverpflichtung“ (S. 93) abgeleitet. Dabei werden die „Heilsversprechen“ einiger Vollgeld-Befürworter (S. 95) klug kritisiert. Richtig ist auch, keinen Wachstumszwang aus dem Zins abzuleiten. So sehr Vollgeld im Ganzen – vor allem für Postwachstum – Sinn machen kann, so wenig schlüssig ist hier die Begründung: Warum soll vor der Leistungsgedanke gegen individuelle Verschuldung sprechen, vor allem wenn der Kredit ausreichend besichert ist und eine zukünftige Leistung erbracht wird? Geld bleibt außerdem im Vollgeldsystem häufig eine Schuldbeziehung. Und warum sollen Gelder plötzlich vor allem in Investitionen gehen, wo doch viele Kredite dem Konsum (insbesondere für Häuser) dienen? Warum soll ein Vollgeldsystem keine „Tretmühle“ mehr sein, obwohl es sogar mehr Spardruck brächte (denn nur so wären dann Investitionen möglich)?

Die **Rolle des Marktes** bleibt insgesamt teils unerklärlich positiv, teils widersprüchlich. Zwar schreiben Richters und Siemoneit, dass der Markt „nicht alles sein“ könne (S. 75) und Marktwirtschaft „nicht per se gerecht“ (S. 79) sei, sondern „politische Instrumente“ für Gerechtigkeit nötig seien. Dennoch sparen sie nicht an Superlativen und Extremen, wenn sie Markt und Wettbewerb loben: „Nur der Wettbewerb kann verhindern, dass einzelne die Bedürfnisse anderer ausnutzen und monopolistisch verzerrte Preise setzen können“ (S. 78). Ja selbst für die erzliberale Parole, ein Marktversagen sei „immer ein Politikversagen“ sind sich die beiden nicht zu

schade, denn ein „richtig verfasster Markt kann eigentlich nicht versagen, genau wie es die neoklassische Utopie verspricht.“ (S. 159).

Die positive Rolle des Marktes hängt bei Richters und Siemoneit an der **Unterscheidung zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus**. Allerdings liefern die Autoren hierfür keine klare Begründung, jedenfalls keine, die ihre extreme Kritik am letzteren und ihr extremes Lob des ersteren rechtfertigt. Am klarsten ist noch, dass die Linie zwischen leistungsbasierten und „leistungslosen Einkommen“ (S. 46) verlaufe. Allerdings ist wie dargestellt Richters' und Siemoneits eigene Definition von Leistung und Nicht-Leistung brüchig. Richters und Siemoneit machen ihre eigene Definition zudem noch mehr kaputt, wenn sie postulieren, im Sinne des Leistungsprinzips könne „alles legitim oder auch nicht legitim“ sein (S. 68), es gebe „keine formalen Kriterien, sondern nur moralische“ (S. 65), und die Marktwirtschaft sei „unempfindlich gegenüber leistungslosen Einkommen und Ungerechtigkeit“ (S. 79). Wenn der Markt so blind für seine Fehlentwicklungen ist, warum soll er dann besser sein als das, was Richters und Siemoneit selbst als Kapitalismus ablehnen?

Die Trennung in Kapitalismus und Marktwirtschaft erspart Richters und Siemoneit das Problem, die **Marktwirtschaft in ihren real existierenden Formen** zu verteidigen. Indem jeder reale Mangel auf den „Kapitalismus“ geschoben wird, bleibt die „Marktwirtschaft“ unbefleckt als „brillante soziale Innovation“ (S. 19). Erstaunlicherweise geben Richters und Siemoneit freimütig zu, die Marktwirtschaft sei eine „noch nicht realisierte soziale Utopie“ (S. 22) und man müsse „die Realität der Theorie“ anpassen (S. 23). Woher sind sich die beiden dann so sicher, dass der Markt so gut wäre, wenn er noch nie real umgesetzt wurde? Wie genau eine Marktwirtschaft ohne Ressourcenverbrauch, ohne Recht am (und Spekulation mit) Boden, ohne Momente der Geldschöpfung und ohne relativ starke Vermögensakkumulation funktionieren oder schlicht ablaufen soll, muss deshalb nebulös bleiben. Die Darstellung der historischen Entwicklung von Märkten ist entsprechend beschönigend bis falsch: Der Markt sei das Produkt einer rationalen Entscheidung, die „Wertbeziehungen [...] objektivieren und Zuteilungsprobleme formalisieren kann“ (S. 39). Märkte wurden und werden aber häufig – von Staaten respektive Unternehmen – mit Gewalt, illegalen Mitteln oder zumindest Manipulation (wie Werbung) durchgesetzt und erhalten.

Richters und Siemoneit erwähnen zu Recht, dass **Firmen eine Ausschaltung des Marktes** sind, also kleine Planwirtschaften (S. 28). Doch wird dieser Punkt nicht ausreichend reflektiert. Denn er bedeutet, dass das *Marktprinzip selbst* starke Grenzen bei der Effizienz hat. Die Neigung aller Märkte zu Monopolen ist eben nicht nur Ausdruck von Vermachtung, sondern auch der Effizienz von Planung. Deshalb haben selbst so überzeugte Marktwirtschaftler wie Schumpeter erwartet, der Sozialismus werde als System siegen.

Typisch für das hohe Lob des Marktes ist das **Verhältnis von Staat und Markt**. Bei Richters und Siemoneit „tritt [der Staat] [...] in die Ökonomie ein“ (S. 74). Auch schreiben die Autoren, man könne mit ihrer Vision zu einem „sehr viel ‚schlankeren Staat‘ kommen“ (S. 159). Wie aber sollen die einen Markt konstituierenden Bedingungen ohne einen zuvor schon existierenden und durchaus starken Staat denkbar sein? Wie soll es „Marktteilnehmer“ geben, die nicht schon viel länger „Staatsteilnehmer“ waren: durch Geburt im öffentlichen Krankenhaus, öffentlich finanzierte Ärzte, KiTa, Schule und vieles mehr? Einen Markt ohne Staat hat es historisch so wenig gegeben wie einen Einzelnen ohne Gesellschaft.

Die vorgeschlagenen **Lösungen** spiegeln die Widersprüchlichkeit und Unzulänglichkeit der vorhergehenden Analyse, teils bieten sie – ohne ihnen das anlasten zu wollen – keinen nachvollziehbaren Weg, dorthin zu gelangen. Das gilt zum Beispiel für den Satz: „Alle wollen eigentlich, dass der Verbrauch reduziert wird“ (S. 116). Davon ist im praktischen Leben wenig zu spüren, nicht einmal in links-grünen Kreisen. Und da geht es nicht einmal um die sozial zwingenden Elemente, die angesprochen werden, sondern um die Nutzung der neuesten technischen Geräte, Flugreisen und ähnliches. Insbesondere mit den Zwängen, denen man im Berufsleben ausgeliefert ist, sollte sich eine Technikkritik beschäftigen. Halbherzig sind besonders

die Konsequenzen aus der Analyse der Bodenrente: Enteignungen werden abgelehnt, aber es soll eine Bodenwertsteuer geben. Wäre die aber der Bodenrente angemessen, läuft es wohl – nach den verfassungsrechtlich üblichen Maßstäben – genauso auf eine Enteignung hinaus. Und dito bei den Rohstoffen: In die Technik soll nicht eingegriffen, aber die Rohstoff-Nutzung so teuer gemacht werden, dass die Technik ausgebremst wird. Wenn man aber das Ziel klar benennt und von mündigen Menschen ausgeht: Warum mutet man ihnen dann keine klare Lösung zu?

Will man jedenfalls Monopole und soziale Ungerechtigkeiten beenden, liegt die **Lösung in Prinzipien nicht nur außerhalb des Kapitalismus, sondern auch außerhalb des Marktes**. Denn beide sind viel enger miteinander verbunden als Autoren wie Richters und Siemoneit sehen wollen, selbst wenn sie nicht identisch sind und der Markt immer gegen seine Teilnehmer verteidigt werden muss. Auch der ökonomisch funktionierende Markt wirkt in seiner Funktionsweise ausschließend. Es ließen sich viele Beispiele nennen, wo es kaum vorstellbar ist, dass der Markt selbst eine soziale Lösung erbringt. Hier sei nur eines genannt, das Marx eindrücklich im Kapital beschreibt, nämlich der Kampf um den Normalarbeitstag: Soll sich der jemals im Wettbewerb bilden? Es braucht hier wie an vielen anderen Stellen ein starkes autonomes Sozialprinzip und einen gerechten Staat, die dem Markt vorgehen und ihm entgegen treten.